

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2007/0000(INI)

18.12.2007

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Strategischen Bericht über die erneuerte Strategie von Lissabon für
Wachstum und Beschäftigung: Einleitung des neuen Zyklus (2008-2010)
(2007/0000(INI))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichterstatlerin: Margarita Starkevičiūtė

PR_INI

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG	9

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem strategischen Bericht über die erneuerte Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung: Einleitung des neuen Zyklus (2008-2010) (2007/0000(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Integrierten Leitlinien der Kommission für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008 (KOM(2005)0141) (Integrierte Leitlinien),
 - unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Strategischer Bericht über die erneuerte Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung: Einleitung des neuen Zyklus (2008-2010)“, (KOM (2007)0803),
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. November 2007 zum Thema „Europäisches Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung“¹,
 - gestützt auf Artikel 99 Absatz 2 des EG-Vertrags,
 - gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung ,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A6-0000/2007),
- A. in der Erwägung, dass die makroökonomische Stabilität durch einen gesunden Mix aus einer Vielfalt wirtschaftspolitischer Maßnahmen sichergestellt wird; in der Erwägung, dass Herausforderungen für die Stabilität nicht nur mit Hilfe makroökonomischer Maßnahmen angegangen werden sollten, sondern auch mit Hilfe der Durchführung struktureller Reformen auf den Produkt-, Arbeits- und Kapitalmärkten,
- B. unter Hinweis darauf, dass noch mehr unternommen werden muss, um die EU und die Mitgliedstaaten auf die Globalisierung vorzubereiten und die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg auf mittlere bis längere Sicht zu stärken.
- C. unter Hinweis darauf, dass die EU und die Mitgliedstaaten makroökonomische Politiken durchführen müssen, um Europa zu einem attraktiveren Standort für Investitionen und Arbeit zu machen und Wissen und Innovation im Dienste des Wachstums Impulse zu geben,
- D. unter Hinweis darauf, dass die Integrierten Leitlinien ein zentrales Instrument der makroökonomischen Politik der EU für Wachstum und Beschäftigung sind und sich auf einen mittelfristigen Zeitraum von drei Jahren konzentrieren,
- E. in der Erwägung, dass Stabilität und Vertrauen in der EU nur mit Hilfe des gemeinsamen Verständnisses von Gesetzen und Vorschriften, die die Realität angemessen widerspiegeln, sichergestellt werden können,

¹ *Angenommene Texte*, P6_TA(2007)0533.

- F. unter Hinweis darauf, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Umwandlung der kreativen Energie der Menschen in innovative wirtschaftliche Ergebnisse, z.B. neue Ideen, Hightech-Unternehmen und regionale Entwicklung, nicht hinreichend entwickelt sind und noch immer eine Zersplitterung besteht,
- G. unter Hinweis darauf, dass es eine Chance gibt, Nutzen aus der Dynamik des einzigartigen Wettbewerbsvorteils infolge der Erweiterung zu ziehen,
- H. unter Hinweis darauf, dass eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Währungspolitik eine zusätzliche Dimension für die Koordinierung bieten, die die Rolle des Euro bei der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen für die gesamte EU stärken könnte,
- I. in der Erwägung, dass eine verbesserte internationale Konsistenz von Legislativvorschriften im Kontext einer beschleunigten Globalisierung eine Priorität darstellt,
- J. unter Hinweis darauf, dass Finanzdienstleistungen besonders wichtig sind, da dieser Sektor insofern eine Schlüsselrolle spielt, als er die Entwicklung zahlreicher Bereiche der Wirtschaftstätigkeit ermöglicht,
- K. in der Erwägung, dass Maßnahmen, die darauf abzielen, Investitionen in das Wissen zu erhöhen und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft der EU zu stärken, Kernstück der Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung sind,
- L. unter Hinweis darauf, dass es nicht möglich ist, ohne die aktive Einbeziehung der Bürger der EU wesentliche Fortschritte bei der Schaffung einer wissensgestützten Gesellschaft zu erzielen,

Makroökonomischer Rahmen

Gewährleistung der makroökonomischen Stabilität

1. begrüßt den Strategischen Bericht der Kommission, in dem die Umsetzung der erneuerten Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung bewertet wird, einschließlich der aktualisierten Integrierten Leitlinien; unterstützt die Auffassung des Rates, dass die erneuerte Strategie auf Gemeinschaftsebene einen Zusatznutzen erbringen muss, um die Kohärenz der Reformen zu verbessern und die positiven Spillover-Effekte zu maximieren;
2. stellt fest, dass die Wirtschaftsaussichten der EU ungeachtet von Anzeichen der Verwundbarkeit in einigen Bereichen weiterhin auf breiter Front günstig sind; ist der Auffassung, dass zunehmende Ungleichgewichte, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und ein weltweiter Inflationsdruck angesichts der anhaltenden Unsicherheit auf den Finanzmärkten zu einer beträchtlichen Herausforderung für die Geldpolitik werden können; fordert koordinierte Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit der EU-Wirtschaft zu erhöhen;
3. weist darauf hin, dass man größeren Synergien zwischen der Haushaltspolitik und dem Produktivitätswachstum verstärkte Aufmerksamkeit widmen und gleichzeitig die

Auswirkungen der Haushaltspolitik auf die makroökonomischen Entwicklungen berücksichtigen sollte;

4. vertritt die Auffassung, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in den meisten Ländern dabei helfen könnte, die langfristige fiskalische Nachhaltigkeit zu wahren; unterstreicht die Bedeutung einer Modernisierung der öffentlichen Verwaltung als Quelle für die Verbesserung der Effizienz und Effektivität der öffentlichen Finanzen;

Gesunde Finanzmärkte

5. weist daraufhin, dass ein gut integriertes Finanzsystem die Effizienz der Geldpolitik steigert, insbesondere im Euroraum; glaubt, dass die Finanzmärkte einen wesentlichen Beitrag zur makroökonomischen und fiskalischen Nachhaltigkeit leisten; regt an, in den Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts spezifische Überlegungen zu den Finanzmärkten einzubeziehen;
6. stellt fest, dass der risikogestützte Ansatz beim Kapitalbedarf grenzüberschreitende Kapitalströme erleichtert, hinter denen spezifische Unternehmensstrategien in großen Finanzgruppen stehen, und eine makroökonomische Herausforderung für kleinere Mitgliedstaaten darstellt; ist zutiefst überzeugt davon, dass eine effektive Finanzaufsicht und eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, um makroökonomische Ungleichgewichte einzudämmen;

Gestaltung der externen Agenda

7. unterstreicht, dass sich ein dereguliertes globales Finanzsystem dem direkten Einfluss der EU-Politik entzieht und ein Risiko der finanziellen Instabilität übertragen kann; betont, dass ein homogener und in sich schlüssiger Ansatz von Regulierungs- und Rechtssetzungsbehörden eine notwendige Vorbedingung ist, um ein Gegengewicht zur grenzüberschreitenden Verbreitung des Risikos zu schaffen; hält es für notwendig, die Auswirkungen des Geschäftsmodells und die Rolle multinationaler Finanzgruppen auf den globalen Finanzmärkten einer Neubewertung zu unterziehen;
8. ist davon überzeugt, dass zur Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt die externe Dimension des Binnenmarktes weiterentwickelt werden muss; unterstreicht die Bedeutung einer verstärkten strategischen Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und einer Zusammenarbeit innerhalb stärkerer multilateraler Organisationen, ohne dass die Kerngrundsätze der EU – Solidarität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte – untergraben werden;

Wiederherstellung der unternehmerischen Dynamik

Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung

9. unterstreicht die Interdependenz der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten, vor allem im Euroraum; ist der Auffassung, dass mit den Integrierten Leitlinien ein umfassender Rahmen für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung zur Angleichung der nationalen Reformagenden festgelegt werden soll; allerdings ist dabei ein sensiblerer Ansatz bei der Konvergenz, der die wirtschaftliche Vielfalt und unterschiedliche

Traditionen widerspiegelt, zu wählen, um die breite Unterstützung für das gemeinsame EU-Projekt zu stärken;

10. unterstützt den Vorschlag der Kommission, die spezifischen Antworten der Mitgliedstaaten auf die länderspezifischen Empfehlungen und die „zu beachtenden Punkte“ als Teil des Prozesses der multilateralen Überwachung zu erörtern; erkennt an, dass die Rolle der regionalen Ebene bei der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen gestärkt werden sollte, wie dies bei der neuen Generation von Programmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 anerkannt wird;

Schwerpunktsetzung auf prioritäre Bereiche

11. glaubt, dass ein nachhaltiger Einsatz von Ressourcen und eine Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum sowie eine Verbesserung der Innovationsleistung durch Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von umweltfreundlichen Technologien und die ökologische Ausrichtung des öffentlichen Beschaffungswesens unter besonderer Berücksichtigung der KMU erreicht werden können;
12. hält es angesichts des anhaltenden Aufwärtsdrucks bei den Energiepreisen und der zunehmenden Bedrohungen für das Klima für wichtig, Verbesserungen bei der Energieeffizienz als Beitrag sowohl zu Wachstum als auch zu nachhaltiger Entwicklung zu fördern; weist darauf hin, dass die EU-Unternehmen bei der technologischen Entwicklung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie weltweit führend sind;

Förderung des Binnenmarktes

13. weist darauf hin, dass die Produktivität der EU aufgrund des Unvermögens, den Binnenmarkt zu vollenden, hinter ihrem Potenzial bleibt und die Möglichkeiten des weltweiten Marktes nicht voll ausgeschöpft werden können; ist der Auffassung, dass der Binnenmarkt für Waren zwar relativ gut integriert ist, dass aber die Dienstleistungsmärkte – einschließlich der Finanzdienstleistungen – weiterhin eher fragmentiert sind; fordert eine beschleunigte Integration des Dienstleistungsmarktes durch eine entschiedene und in sich schlüssige Umsetzung und Inkraftsetzung der vereinbarten Regeln und durch die Beseitigung von Hindernissen für den Wettbewerb und den Marktzugang; stellt fest, dass die Erbringung von effektiven Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu erschwinglichen Preisen eine wichtige Rolle in einer wettbewerbsfähigen und dynamischen Wirtschaft zu erfüllen hat;
14. unterstreicht die Notwendigkeit, die Netzindustrien für den Wettbewerb zu öffnen, indem gleiche Ausgangsbedingungen und ein effektiver Wettbewerb auf europaweit integrierten Märkten gewährleistet werden; ist davon überzeugt, dass eine Ausweitung, Verbesserung und Vernetzung europäischer Infrastrukturen – mit besonderer Schwerpunktsetzung auf grenzüberschreitenden Projekten und Verbundnetzen zwischen dem alten und dem neuen Europa dabei helfen sollte, angemessene Bedingungen für eine erhebliche Verbesserung der Produktivität in den Bereichen Verkehr, Energie und IKT zu entwickeln;

Investitionen in die Menschen und Modernisierung der Arbeitsmärkte

Unternehmertum und Kreativität

15. ist davon überzeugt, dass es für die Förderung einer Unternehmenskultur und die Schaffung eines günstigen Umfelds für KMU wesentlich ist, dass das das Governance-System eines institutionellen Rahmens für die Innovation gestrafft und durch ein effizientes Finanzierungssystem abgestützt wird, das die Finanzierung auf sämtlichen Stufen des Innovationsprozesses – von der Entwicklung einer Idee bis zu ihrer Umsetzung auf Unternehmensebene – sicherstellt; weist darauf hin, dass die Strukturpolitik auf flexible Weise ausgearbeitet werden muss, um der kreativen Selbstentfaltung entgegenzukommen und eine rentable Nutzung von kreativen Ideen zu erleichtern;
16. ist zutiefst davon überzeugt, dass eine bessere Rechtsetzung und die Umsetzung von ehrgeizigen Zielen bei der Verringerung der Belastung durch neue Rechtsvorschriften der EU zu einem wettbewerbsfähigeren Unternehmensumfeld beitragen und private Anreize fördern; fordert die Mitgliedstaaten auf, gleichermaßen ehrgeizige Zielvorgaben festzulegen, die sich auf sämtliche Ebenen der nationalen Gesetzgebung beziehen; weist darauf hin, dass der Stärkung der Effizienz der institutionellen und administrativen Kapazität der Mitgliedstaaten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll;

Lebenszyklus-Ansatz

17. ist der Auffassung, dass bei einer aktiven Arbeitsmarktpolitik am Grundsatz der „Flexicurity“ orientierte Maßnahmen mit der Motivation verknüpft werden sollten, sich aktiv um einen Arbeitsplatz zu bemühen, sowie einer besseren Abschätzung und positiven Bewältigung des Wandels, einschließlich der wirtschaftlichen Umstrukturierung, um die sozialen Kosten auf ein Minimum zu senken und die Anpassung zu erleichtern; ist davon überzeugt, dass Wegen und Mitteln, besser auf die Bürger einzugehen und ihre Erwartungen und Bedürfnisse aufzugreifen, besondere Aufmerksamkeit widmen sollte;
18. ist der Auffassung, dass der Lebenszyklus-Ansatz weiterentwickelt werden sollte, um dem demographischen Wandel – einschließlich der Modernisierung der Rentensysteme – aktiv zu begegnen, damit die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit sichergestellt wird; ist der Auffassung, dass mit Blick auf die Förderung der Teilnahme an kontinuierlicher Weiterbildung und Weiterbildung am Arbeitsplatz während des gesamten Lebenszyklus, insbesondere für Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation und ältere Arbeitnehmer, effektive Strategien des lebenslangen Lernens ein Gegengewicht zu den negativen Auswirkungen der alternden Bevölkerung der EU auf die Arbeitsmärkte schaffen können;

Einwanderungspolitik

19. ist zutiefst davon überzeugt, dass eine effektive Einwanderungspolitik im Lichte des Mangels an Fertigkeiten und der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes gesehen werden sollte; glaubt, dass die Weiterentwicklung einer umfassenden europäischen Migrationspolitik, die die Politik der Mitgliedstaaten ergänzt, weiterhin eine grundlegende Priorität darstellt, um den Herausforderungen zu begegnen und die Chancen zu nutzen, die die Migration in einer neuen Ära der Globalisierung bietet;
20. ist der Auffassung, dass die Zusammenarbeit mit Drittländern zum Zwecke optimal gelenkter Migrationsströme und zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung weiterhin von wesentlicher Bedeutung ist; gesteht ein, dass die EU dringend eine Strategie für eine

gemeinsame und integrierte Grenzkontrolle braucht, mit der die Kriterien und Verfahren für eine wirtschaftliche Migration festgelegt werden;

o

o o

21. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Seit dem letzten Bericht des Parlaments über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik für 2007 haben sich bedeutende Veränderungen in Europa vollzogen. Zwar hat sich der Aufschwung der europäischen Wirtschaft fortgesetzt, und das Wachstum erreichte im Jahre 2007 beinahe 3 %, doch die jüngsten Unruhen auf den weltweiten Finanzmärkten und die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in den USA haben die Risiken einer Abwärtsbewegung beträchtlich vergrößert. In den jüngsten Wirtschaftsprognosen der Kommission für 2008-2009 wird deshalb eine Verlangsamung des Wachstums vorhergesagt.

In ihrem am 11. Dezember 2007 veröffentlichten Strategischen Bericht über die erneuerte Strategie von Lissabon schlägt die Kommission vor, die bestehenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik für den Zeitraum 2008-2010 als Teil der Integrierten Leitlinien zu bestätigen. Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik sind das wichtigste Instrument für die Wirtschaftspolitik der EU im Kontext der übergeordneten Lissabonner Strategie sowie ein Benchmark für die alljährlichen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme. Die Kommission ist der Auffassung, dass das Schwergewicht jetzt auf die Umsetzung gelegt werden sollte. Diese Auffassung wird von externen Beratern, die die Integrierten Leitlinien bewertet haben, und in den Schlussfolgerungen des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 13. November 2010 bestätigt.

Ungeachtet dieser Bekräftigung gesteht die Kommission ein, dass der Kontext, innerhalb dessen die Integrierten Leitlinien umgesetzt werden sollten, aktualisiert werden muss. Es sollte ein stärkeres Gewicht auf Maßnahmen gelegt werden, die darauf abzielen, mehr in die Menschen und in die Modernisierung der Arbeitsmärkte zu investieren.

Die Kommission vertritt die Auffassung, dass nicht alle Mitgliedstaaten mit der gleichen Entschlossenheit Reformen durchgeführt haben. Sie unterstreicht die Bedeutung der makroökonomischen Stabilität und betont die Notwendigkeit, ausstehende Reformen durchzuführen, um die Basis für die Aufrechterhaltung eines soliden Wirtschaftswachstums in der Zukunft zu stärken und der EU dabei zu helfen, nachteiligen Entwicklungen in der Weltwirtschaft Stand zu halten.

Da vorgeschlagen wird, den Schwerpunkt für den nächsten Zyklus auf die Umsetzung zu verlagern, sollte jeder Mitgliedstaat als Teil seines Umsetzungsberichts einen Aktionsplan vorlegen, in dem er die Maßnahmen darlegt, die er ergreifen wird, um die Empfehlungen und/oder „zu beachtenden Punkte“ aufzugreifen. Der Mechanismus soll die Koordinierung der Reformen und die multilaterale Überwachung im Rat erleichtern. Die Notwendigkeit der Koordinierung ist innerhalb des Euro-Raums noch größer; die Kommission wird vor Sommer 2008 entsprechende Vorschläge für eine effektivere Koordinierung und Governance vorlegen.

Das Europäische Parlament ist als das einzige Organ der Europäischen Union, das direkt von ihren Bürgern gewählt wird, das geeignete Forum für die Bewertung und Analyse der Strategien und Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten ergreifen, um die wirtschaftspolitische Koordinierung zu verbessern und die Leitlinien von Lissabon umzusetzen. Mit Blick auf die Ausarbeitung und anschließende Bewertung der Integrierten Leitlinien muss sich dies auch in einem angemessenen Anspruch auf institutionelle Mitwirkung widerspiegeln.